

Die Antwort auf Brüssels «Gepiesacke»

Kohäsionsmilliarde Der Ständerat zeigt sich gegenüber der EU in Streitlaune: Er genehmigt die geforderte Finanzhilfe für Ost- und Südeuropa, knüpft die Zahlung aber an eine gefällige Behandlung durch Brüssel.

Fabian Renz
und Stephan Israel

Der Frust war aus manchen Voten deutlich herauszuhören. «Ich habe wirklich genug davon, dauernd gepiesackt zu werden», schimpfte der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. «Und ich habe genug von einem neuen Hindernis, von Forderungen und Bedingungen, die immer und immer wieder an uns gestellt werden.»

Zur Debatte stand in der kleinen Parlamentskammer der «zweite Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten» in der Höhe von rund 1,3 Milliarden Franken. Der kurz Kohäsionsmilliarde genannte Zehnjahreskredit soll für Projekte zugunsten der Wirtschaft in Ost- und Südeuropa verwendet werden: ähnlich wie die erste Kohäsionsmilliarde, deren Auszahlung 2007 startete. Die EU erwartet nun einen zweiten solchen Beitrag – der Ständerat genehmigte ihn gestern eher lustlos. Und versah ihn vor allem mit einem Vorbehalt. «Wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt», soll das Geld nicht ausbezahlt werden: So beschloss es das Plenum auf Antrag von Ruedi Noser (FDP, ZH).

«Fremde Richter» als Helfer

Der Ständerat rüstet sich auf diese Weise für das erwartete Kräftemessen mit der EU ab Dezember. Die Angst geht um, dass sich die EU mit den laufenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen unzufrieden zeigen und Sanktionen ergreifen wird – etwa gegen die Schweizer Börse, deren formelle Anerkennung durch Brüssel Ende Jahr ausläuft und verlängert werden müsste. «Wir könnten unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht erklären, weshalb wir die Gelder sprechen würden, wenn wir diskriminiert werden», betonte Filippa Lombardi (CVP, TI).

Unklar bleibt im ständerätlichen Beschluss, was unter «dis-



Der Ständerat gibt eine Breitseite gegen die EU ab, diese zeigt sich unbeeindruckt. Foto: Anthony Anex (Keystone)

kriminierenden Massnahmen» zu verstehen ist. Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) machte in seinem Votum deutlich, dass er den Begriff nicht politisch, sondern juristisch deutet.

Würde die EU also zum Beispiel die Schweizer Börse verstossen, wäre gemäss Bundesamt für Justiz am ehesten die Welthandelsorganisation (WTO) die zuständige Klageinstanz: Der Bundesrat könnte bei den WTO-Gerichten eine Verletzung des Dienstleistungsabkommens anmahnen, das Diskriminierung verbietet. Die WTO-Richter brachte gestern auch CVP-Ständerat Lombardi als potenzielle Verbündete ins Spiel. «Manchmal sind fremde Richter

sogar nützlich», resümierte der Tessiner.

Verschiedene Perspektiven

Ob der ständerätliche Vorbehalt zur Kohäsionsmilliarde die EU von Schritten gegen die Schweiz abhalten wird, steht freilich keineswegs fest. In ihrer gestrigen Reaktion zeigte sich die EU-Kommission von den Muskelspielen unbeeindruckt. «Wir erwarten den Beitrag als natürliche Konsequenz des Schweizer Zugangs zum Binnenmarkt», erklärte eine Sprecherin der Kommission. Das Geld sei dafür gedacht, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU zu reduzieren. Die Sprecherin wies auf den «substanzialen Vorteil» hin, den

die Schweiz aus dem europäischen Binnenmarkt ziehe.

Die Reaktion macht deutlich, wie verschieden man in Bern und Brüssel die Lage interpretiert. In der Ständeratsdebatte wurde mehrfach betont, die Schweiz leiste die Kohäsionszahlung «freiwillig». Die EU hingegen findet, dass sich die Schweiz 2004 beim Abschluss der Bilateralen II politisch verpflichtet habe, einen regelmässigen Beitrag zum innereuropäischen Ausgleich zu leisten: so wie auch die Mitgliedsstaaten des EWR. Eine Verknüpfung mit aktuellen Dossiers wie etwa der Börsenanerkennung stösst in Brüssel deshalb auf wenig Verständnis – umso weniger, als die EWR-Mit-

glieder Norwegen, Island und Liechtenstein ihre Kohäsionsbeiträge bereits freigegeben haben.

Die wirklich heikle Phase aber wird im nächsten Frühjahr eintreten, wenn der Nationalrat über die Milliarde entscheidet. Dann nämlich wird man wissen, wie es um die Schweizer Börse und anderweitige «Nadelstiche» der EU steht. Verschlechtert sich die Stimmung, ist denkbar, dass der Nationalrat die Zahlung direkt sistiert – und damit Gegenreaktionen der EU auslöst.

Wie es nun weitergeht, das wird unter anderem die heutige Bundesratssitzung zeigen. Da soll über das Rahmenabkommen diskutiert und möglicherweise entschieden werden.

Das Parlament hat die Spenderhosen angezogen

Überschuss Der Nationalrat stockt das Bildungsbudget kräftig auf – und verletzt damit die eigenen Regeln.

Geld ist zum Ausgeben da, fand gestern der Nationalrat. Zu verlockend war der satte Überschuss von 1,3 Milliarden Franken im Budgetentwurf des Bundesrats. Eine Allianz aus SP, Grünen, GLP sowie je einem Teil von FDP und CVP hat beschlossen, dass der Bund 2019 für Bildung und Forschung kurzfristig 115 Millionen Franken mehr ausgeben soll als geplant. Der Bundesrat wollte die Ausgaben ebenfalls erhöhen, aber «nur» um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das genügt der Bildungslobby nicht. Sie setzte eine Aufstockung um gesamthaft 3,9 Prozent durch. Damit beträgt das Budget des ganzen Bereichs rund 8,1 Milliarden Franken.

Voraussichtlich wird auch der Ständerat, der das Budget nächste Woche diskutiert, einen grosszügigen Kurs fahren. Seine Finanzkommission hat bereits mehrere Aufstockungen zugunsten der Bildung beschlossen, ging dabei aber etwas weniger weit als der Nationalrat. Schon in den letzten 15 Jahren hat der Bund seine Ausgaben in keinem Aufgabengebiet so stark erhöht wie bei Bildung und Forschung. Ihr Etat wuchs in dieser Zeit um 75 Prozent. Die grössten Nutzniesser der für 2019 geplanten Mehrausgaben sind die ETH und, via Kantone, die Berufsbildung. Aber auch die Universitäten profitieren vom Millionensegen, ebenso der Nationalfonds.

Kosmetische Kürzung

Die Anträge für die Budgeterhöhungen kamen von der SP und den Grünen. Sie argumentierten, angesichts der guten Finanzlage gebe es keinen Grund, bei der wichtigsten Ressource der Schweiz zu sparen. «Sparen» bedeutet in diesem Fall, dass der Bundesrat die Ausgaben weniger stark erhöhen wollte, als dies in der ursprünglichen Vierjahresplanung für Bildung und Forschung vorgesehen war. Zudem seien die Studierendenzahlen stark gestiegen.

Finanzminister Ueli Maurer (SVP) warf der Mehrheit vor, das Geld mit der «Giesskanne» zu verteilen. «Wir müssen uns vermehrt überlegen, wo wir in Bildung und Forschung Schwergewichte bilden.» Darüber hinaus muss sich der Nationalrat Inkonsequenz vorwerfen lassen. 2017 hiess er einen Vorstoss gut, der will, dass der Bund bei mehrjährigen Rahmenkrediten nicht die im Voraus erwartete Teuerung ausgleicht, sondern nur die effektive Teuerung. Deshalb wollte der Bundesrat das Bildungsbudget weniger erhöhen als geplant. Der Nationalrat setzte sich nun darüber hinweg.

Trotzdem sieht das Bundesbudget insgesamt nicht viel schlechter aus, das Plus beträgt noch 1,2 Milliarden Franken. Zu verdanken ist dies Kürzungen von rund 75 Millionen, die der Nationalrat vornahm. Allerdings entfällt mehr als die Hälfte davon auf einen rein kosmetischen Eingriff: Der Rat hat bei der Sozialhilfe für Asylsuchende einfach die neueren, tieferen Schätzungen eingesetzt und damit 45 Millionen «gespart».

Der Bund soll mehr Flüchtlinge aus Krisengebieten einfliegen

Migration Simonetta Sommaruga will pro Jahr 750 bis 1000 Kontingentsflüchtlinge aufnehmen.

Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) beantragt dem Bundesrat an seiner heutigen Sitzung, bis 2021 rund 750 bis 1000 Flüchtlinge pro Jahr aus Krisengebieten in die Schweiz zu fliegen. Das geht aus dem elfseitigen Antragspapier hervor, das dieser Zeitung vorliegt. Sommaruga hat die Zahl der so in die Schweiz geholten Asylbewerber stetig ausgebaut. Ihre Vorgängerin im Justizdepartement, Eveline Widmer-Schlumpf, hatte dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge 2009 noch einen Korb gegeben.

Ihre Begründung war, die Zahl der Asylbewerber sei mit 16 000 Gesuchten schon hoch, und die Aufgenommenen würden kaum Arbeit finden. Seither hat sich die Zahl der Asylgesuche nicht verringert. 2017 stellten gut 18 000 Personen einen Asylantrag.

2013 startete der Bundesrat auf Antrag von Sommaruga mit

einem Programm für 500 Flüchtlinge. 2015 beschloss er, weitere 1000 Personen aufzunehmen und zusätzlich den Familiennachzug für 500 Angehörige von Flüchtlingen zu gestatten, die bereits in der Schweiz waren. 2016 beschloss der Bundesrat dann die Aufnahme von zusätzlichen 2000 Migranten aus dem Syrienkonflikt. Dieses Programm wird laut Sommaruga im ersten Halbjahr 2019 abgeschlossen.

Unbekannte Kosten

Darum beantragt die Bundesrätin für 2019 ein Überbrückungsprogramm für weitere 800 Personen. Danach soll der Bundesrat alle zwei Jahre 1500 bis 2000 Flüchtlinge in die Schweiz holen. Damit bleibt laut Antrag die Schweiz im «internationalen und europäischen Vergleich ein mittlerer Resettlement-Staat». Grossbritannien, Deutschland,

Schweden und Frankreich haben in absoluten Zahlen mehr Personen aufgenommen. Was der Antrag nicht beinhaltet, ist eine Bewertung pro Kopf, bei der die Schweiz hinter Norwegen und Schweden den dritten Platz belegen würde.

Der Vorschlag wurde vom Justizdepartement mit den Justiz- und Polizeidirektoren sowie den Sozialdirektoren ausgearbeitet und im bundesrätlichen Ausschuss für Migration, bestehend aus Simonetta Sommaruga, Ignazio Cassis und Alain Berset, vorbereitet. Die Flüchtlinge müssen vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge als solche anerkannt werden und besonders gefährdet sein. Die Schweiz prüft ihre Bereitschaft zur Integration. Der Nachrichtendienst wird hinzugezogen, um eine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit auszuschliessen.

Was die finanziellen Auswirkungen angeht, verweist das Justizdepartement darauf, dass die Neustrukturierung des Asylwesens mittel- bis langfristig zu Einsparungen von 80 Millionen Franken führen werde. Eine Evaluation zeige, so Sommaruga, dass die Zielvorgaben der Integrationsagenda erreicht würden.

Widerstand im Parlament

Wie viel dies den Bund insgesamt kostet, schreibt Sommaruga allerdings nicht. Die Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden werden auch nicht genannt. 2016 rechnete das Staatssekretariat für Flüchtlinge für 1500 Flüchtlinge während sieben Jahren mit 189 Millionen Franken für den Bund. Nach dieser Zeit sind Kantone und Gemeinden für die Personen verantwortlich. Diese haben durchgesetzt, dass sie ab Mai 2019 statt

6000 neu 18 000 Franken als Pauschale pro Person erhalten.

Falls der Bundesrat dem Antrag zustimmt, ist das Parlament am Zug. Dort regt sich Widerstand. Marco Romano (CVP, TI) findet, der Bundesrat solle jedes Jahr neu eine Lagebeurteilung vornehmen und zusammen mit den Kantonen dem Parlament eine Zahl an Flüchtlingen vorschlagen. «Wir müssen flexibel bleiben», findet er.

Der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth begrüsst dagegen die Massnahme. «Dass wir da mitmachen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein», sagt er. Von der SVP wird das Vorhaben abgelehnt. Nationalrat Adrian Amstutz sagt, Sommaruga wolle sicherstellen, dass die von ihr aufgebaute Asylindustrie auf Jahre hinaus beschäftigt bleibe.

Dominik Feusi

Fabian Schäfer